

# Newsletter

## Kantonsratssession Mai 2025

Die vergangene Session hat einmal mehr gezeigt: Freiheit, Eigenverantwortung und Effizienz stehen zunehmend unter Druck. Immer öfter wird reflexartig nach neuen Verboten gerufen oder zusätzliche Bürokratie geschaffen – selbst aus Kreisen, die sich bürgerlich nennen. Statt konkrete Probleme pragmatisch zu lösen, dominieren Symbolpolitik und regulatorische Schnellschüsse.

Die FDP stellt sich dem entschieden entgegen. Wir haben uns in dieser Session mit klaren Haltungen für Eigenverantwortung, schlanke Prozesse und sinnvolle Kooperation eingesetzt. Ob bei regionalen Baukommissionen, der Offenlegung der Kosten parlamentarischer Vorstösse oder der Verteidigung der Gemeindeautonomie gegen ein generelles Handyverbot: Die FDP bleibt ihrer liberalen Linie treu – sachlich, konsequent und lösungsorientiert.

Besonders enttäuschend ist, wie oft sich Mitte und SVP von bürgerlichen Grundprinzipien verabschiedet haben – sei es beim Ausbau der Ausschreibungspflicht, bei der Ablehnung von mehr Transparenz im Ratsbetrieb oder bei der Aufweichung von Kostenvorgaben im öffentlichen Verkehr. Wer vorgibt, für Eigenverantwortung und Sparsamkeit zu stehen, sollte das auch dann tun, wenn es unbequem wird.

**Die FDP bleibt standhaft: Gegen unnötige Verbote, gegen überbordende Bürokratie – und für eine moderne, verantwortungsvolle Politik, die den Menschen etwas zutraut.**

## 1. Regionale Baukommissionen ermöglichen

### Vorstoss aus den eigenen Reihen

**Ausgangslage:** Unser Fraktionsmitglied Freddy Kreuchi beantragte, den rechtlichen Rahmen so anzupassen, dass Gemeinden ihre Baukommissionen regional zusammenlegen oder Aufgaben delegieren können.

**Haltung der FDP:** Ein klassisch liberaler Vorstoss: weniger Bürokratie, mehr Effizienz. Gerade im ländlichen Raum kämpfen viele Gemeinden mit Fachkräftemangel und hohem administrativem Aufwand.

**Ergebnis:** Einstimmig erheblich erklärt.

**Fazit:** Ein starkes Signal für eine moderne, effiziente Verwaltung – made by FDP.

## 2. Ausschreibung von Wahlen

### Reine Symbolpolitik der Mitte/EVP

**Ausgangslage:** Die Mitte/EVP verlangte mit einem Auftrag, dass alle durch den Regierungsrat vorgenommenen Wahlen künftig öffentlich ausgeschrieben werden sollen – ausser wenn sie von Amtes wegen erfolgen. Was auf den ersten Blick nach mehr Transparenz klingt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als teures Bürokratiemonster mit fraglichem Mehrwert.

**Haltung der FDP:** Die FDP zeigte Verständnis für das generelle Anliegen guter Corporate Governance. Doch der Auftrag schiesst klar über das Ziel hinaus. Bereits heute prüft der Regierungsrat bei jeder Vakanz individuell, ob eine Ausschreibung sinnvoll ist. Damit wird eine fachlich qualifizierte, regional verankerte Besetzung gewährleistet – ohne unnötige Verfahren. Eine generelle Ausschreibungspflicht hätte genau das Gegenteil bewirkt: mehr Aufwand, höhere Kosten, kein echter Nutzen. Beispiele wie die Wehrdenkmal-Stiftung oder das Salzkonkordat zeigen, wie realitätsfremd der Auftrag ist. Fraktionsvotum: klare Ablehnung – aus Überzeugung für eine pragmatische und effiziente Verwaltung.

**Ergebnis:** Der Auftrag wurde im Rat mit 48:48 Stimmen denkbar knapp erheblich erklärt – nur dank Stichentscheid des Präsidenten (SVP). Während die FDP geschlossen dagegen stimmte, unterstützten SVP und die Mitte/EVP-Fraktion den Auftrag einstimmig – und stellten damit einmal mehr den Nutzen hinter Symbolpolitik zurück.

**Fazit:** Die FDP bleibt konsequent: Für mehr Transparenz, wo sie sinnvoll ist – aber gegen unnötige Bürokratie. Dass sich SVP und Mitte/EVP für ein Bürokratiemonster starkmachen, überrascht – und enttäuscht alle, die auf bürgerliche Vernunft setzen.

## 3. Mehr Transparenz und Effizienz im Ratsbetrieb

### FDP wird im Stich gelassen

**Ausgangslage:** Die FDP verlangte mit einem Vorstoss Kostenklarheit bei parlamentarischen Vorstössen – eine Selbstverständlichkeit für jeden, der mit Steuergeldern umgeht. Von nun an hätte bei der Beantwortung von Vorstössen offengelegt werden müssen, wie viel Aufwand dies in der Verwaltung verursacht. Angesichts von über 100 pendenten Geschäften ein Gebot der Stunde. Parallel dazu wurden zwei Vorstösse von den Fraktionsmitgliedern Thomas Fürst und David Plüss für mehr Effizienz im Ratsbetrieb (Direktabstimmung bei Unstrittigem) im Rat diskutiert.

**Haltung der FDP:** Klartext von FDP-Fraktionschef Markus Spielmann: "Wir sollten uns trauen, in den Spiegel zu schauen und zu wissen, was wir für Kosten verursachen." Es geht um Selbstverantwortung des Parlaments, nicht um einen Maulkorb. Generell steht die FDP für einen Staat, der effizient arbeitet, ein Parlament, das verantwortungsbewusst handelt, und eine Politik, die das Wohl der Bürger in den Fokus setzt – eine ehrliche, transparente und liberale Politik.

**Ergebnis:** Der Transparenz-Vorstoss scheiterte krachend mit 71 zu 26 Stimmen. Besonders pikant: SVP und Mitte, die sonst Sparsamkeit predigen, verweigerten die Unterstützung – ein Schlag ins Gesicht für bürgerliche Kernanliegen. Die Linken sahen darin den Versuch, ein "schlechtes Gewissen" zu machen – Demokratie dürfe kosten. Die beiden Vorstösse für einen schlankeren Ratsbetrieb hingegen fanden eine Mehrheit.

**Fazit:** Während die FDP konsequent für Transparenz und einen schlanken Staat kämpft, entlarven sich SVP und Mitte als Schönwetter-Sparer. Die FDP bleibt dran – unterstützt von der GLP. Die erfolgreichen Effizienz-Vorstösse zeigen: Es geht auch anders.

## 4. Keine Handys und Smartwatches in der Schule

### Verbotspolitik à la SVP

**Ausgangslage:** Die SVP wollte ein generelles Verbot von Handys, Smartwatches und ähnlichen Geräten an Primarschulen einführen.

**Haltung der FDP:** Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass Handys weder in den Unterricht noch auf den Pausenplatz gehören. Doch nicht die Geräte sind das Problem, sondern der reflektierte und gesunde Umgang damit. Ein pauschales kantonales Verbot lehnt die FDP daher ab. Es bekämpft Symptome statt Ursachen, schränkt die Gemeindeautonomie ein und nimmt den Schulen die Freiheit, lokale Lösungen zu finden. Es braucht praxisnahe Regeln, denn digitale Kompetenzen entstehen durch Übung – gemeinsam mit Eltern und Lehrpersonen für eine Schule, die auf das Leben vorbereitet.

**Ergebnis:** Nichterheblicherklärung mit 61:33 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

**Fazit:** Ein Erfolg für die Haltung der FDP - ein Nein zu pauschalen Verboten, ein Ja zu Freiheit, Eigenverantwortung und Gemeindeautonomie.

## 5. Finanzierungsbeteiligung Bahnhof Süd

### Es gibt auch kritische Stimmen

**Ausgangslage:** Das Projekt «Bahnhof Solothurn Süd» zielt auf eine umfassende Aufwertung der südlichen Bahnhofseite ab: eine neue Personenunterführung (PU West) mit Velospur, eine unterirdische Velostation, neue Bushaltestellen, eine Neugestaltung des Bahnhofplatzes sowie verkehrssichere Anpassungen an der Zuchwilerstrasse. Damit soll die Südseite zur modernen, multimodalen Verkehrsdrehscheibe werden und besser an die Stadt angebunden werden. Das Projekt wurde gemeinsam mit Stadt, RBS und SBB entwickelt, erhält Bundesgelder und ist Teil des Agglomerationsprogramms. Der Bruttoinvestitionsbeitrag des Kantons beläuft sich auf rund CHF 40 Mio. Nach Abzug der Beiträge aus den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF)

und dem Bahninfrastrukturfonds (BIF) verbleiben Nettoinvestitionen von rund CHF 22.5 Mio., was bei Gesamtkosten von rund CHF 160 Mio. in etwa 14% ausmacht.

**Haltung der FDP:** Die FDP anerkennt den verkehrs- und städtebaulichen Nutzen dieses umfassenden Infrastrukturvorhabens. Eine bessere Erschliessung des Bahnhofs sowie sichere und attraktive Angebote für Fuss- und Veloverkehr sind zentrale Anliegen einer zukunftsgerichteten Mobilität. Gleichzeitig haben einzelne Mitglieder innerhalb der FDP-Fraktion auch berechnete Kritikpunkte eingebracht: So wurden etwa im Mitwirkungsverfahren konkrete Bedenken betr. der Ausgestaltung der Unterführung nicht berücksichtigt. Zudem stellte sich angesichts der Vielzahl an bevorstehenden, kantonalen Bauprojekten die Frage der Priorisierung. Insgesamt hat die Fraktion jedoch den grossen Mehrwert dieses Projektes für die ganze Region höher gewichtet.

**Ergebnis:** Der Kantonsrat stimmte dem Verpflichtungskredit mit breiter Mehrheit zu. Das letzte Wort hat jedoch das Volk: Das Projekt untersteht dem obligatorischen Referendum – die Abstimmung findet am 28. September 2025 statt.

**Fazit:** Für die FDP ist der sinnvolle Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur von grosser Bedeutung. Investitionen in den öffentlichen Raum brauchen Qualität, Mitwirkung und Augenmass, was bei diesem Projekt der Fall ist – nur deshalb fliessen letztlich auch Bundesgelder. Die FDP wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass der Kanton bei seinen Investitionen die richtigen Prioritäten setzt.

## 6. Deckungsgrad bei ÖV-Linien

### Kein Kostenbewusstsein bei den anderen Bürgerlichen

**Ausgangslage:** Gemäss kantonalem Gesetz finanziert der Kanton Linien des öffentlichen Verkehrs mit, solange (nach einer Anfangsphase) ein Kostendeckungsgrad von mind. 20% vorliegt. Ein Auftrag aus den Reihen der SP forderte nun, dass die Finanzierung auch möglich sein soll, selbst wenn eine minimale Auslastung nicht gegeben ist.

**Haltung der FDP:** Für die FDP ist Mobilität und damit auch ein guter ÖV wichtig. Es geht aber nicht an, dass mit Steuergeld ÖV-Linien mitfinanziert werden, für die es kaum eine Nachfrage gibt. Der heute geltende minimale Kostendeckungsgrad von 20% ist bereits tief und darf nicht unterschritten werden. Die knappen öffentlichen Mittel sollen in ÖV-Linien investiert werden, die von den Menschen effektiv auch genutzt werden. Im Übrigen ist es den Gemeinden unbenommen, für sie wichtige, aber schlecht frequentierte Linien selber zu finanzieren.

**Ergebnis:** Der Kantonsrat hat dem Auftrag aus dem linken Lager mit 49:48 Stimmen zugestimmt. Nun muss die Regierung einen Vorschlag für eine Änderung des ÖV-Gesetzes ausarbeiten und dem Kantonsrat unterbreiten.

**Fazit:** Ein knappes Resultat – und ein Fehlentscheid. Mit dem Auftrag der SP droht eine Aufweichung eines bewährten Prinzips: öffentlicher Verkehr soll dort gefördert werden, wo er gebraucht wird. Die FDP steht für einen starken ÖV – aber mit Augenmass. Steuergelder dürfen nicht in Geisterbusse investiert werden. Aus diesem Grund werden wir die Gesetzesänderung weiterhin bekämpfen.